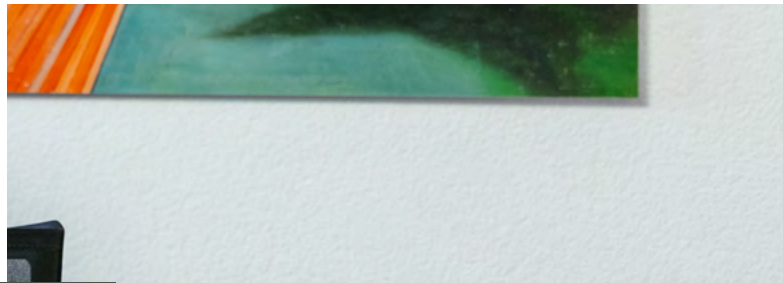
Sicherheitslage im Wandel: Was dies für die Schweiz bedeutet

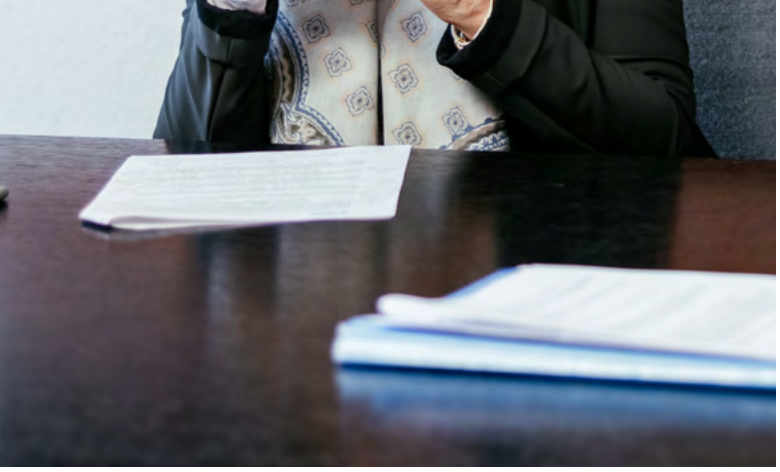
Interview mit Botschafterin Pälvi Pulli, Stv. Staatssekretärin, Staatssekretariat für Sicherheitspolitik

Die geopolitischen Spannungen nehmen zu, und mit ihnen wächst auch in der Schweiz das Bewusstsein für Bedrohungen. Botschafterin Pälvi Pulli spricht im Interview mit Prof. Dr. Reto Eberle über die Herausforderungen für die Schweizer Sicherheitspolitik – vom Schutz kritischer Infrastrukturen bis zur Zukunft der Neutralität, über internationale Zusammenarbeit und die Frage, wie und mit wem sich die Schweiz für Krisenzeiten vorbereitet.

Reto Eberle: *Das Ziel der Schweizer Sicherheitspolitik ist es unter anderem, die Handlungsfähigkeit der Schweiz und ihrer Bevölkerung gegen Bedrohungen und Gefahren zu schützen. Wie definiert die Schweiz Sicher-heit, und wie ist das aktuelle Sicherheitsempfinden der Bevölkerung?*

Pälvi Pulli: Das Verständnis von Sicherheit ist in der Schweiz seit Langem breit angelegt. Bereits im Sicherheitspolitischen Bericht 2000 wurde festgehalten, dass Sicherheit nicht nur militärische Aspekte umfasst, sondern auch Naturkatastrophen, Pandemien, Cyberangriffe, Terrorismus oder organisierte Kriminalität, sogar Krisenbewältigung. Im internationalen Vergleich ist dieses Verständnis breiter als in manchen Ländern. In Bezug auf die heutige Situation ist interessant: Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine schätzt die Bevölkerung die globale Sicherheitslage so pessimistisch ein wie nie zuvor – gleichzeitig bleibt das Vertrauen in die Sicherheit der Schweiz hoch.





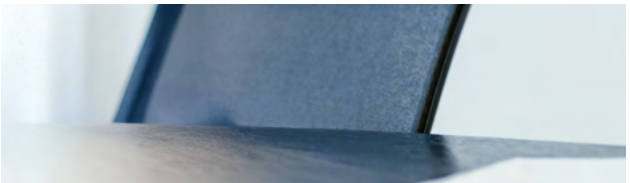
«Gute Dienste können wertvoll sein, sollen aber mit unseren Werten vereinbar sein. Die Welt wartet nicht auf uns.»

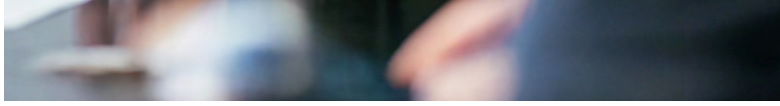
Ist dieses breite Sicherheitsverständnis so auch in der Bevölkerung vorhanden?
Militärische Themen dominieren natürlich, was mehrere Gründe hat: Die Armee als sichtbarstes und teuerstes sicherheitspolitische Instrument ist für existenzielle Bedrohungen da. Zudem betrifft das Milizsystem viele Bürgerinnen und Bürger direkt. Trotzdem haben sich die Bedrohungen in den letzten Jahrzehnten deutlich ausdifferenziert: Militärische Bedrohungen sowie andere Bedrohungen und Gefahren existieren nebeneinander.

Welche sicherheitspolitischen Instrumente stehen der Schweiz zur Verfügung?
Neben der Armee zählen auch Nachrichtendienst, Grenzschutz, Polizei und Zivilschutz dazu (wobei letzterer weitgehend in der Verantwortung der Kantone liegt). Weitere relevante Bereiche sind die Aussen- und Wirtschaftspolitik sowie die Kommunikation. Unsere Aufgabe im Staatssekretariat für Sicherheitspolitik ist es, diese Instrumente strategisch zu vernetzen, damit die Schweiz möglichst kohärent und wirksam auf Bedrohungen reagieren kann.

In einigen europäischen Staaten wurde – im Gegensatz zur Schweiz – die Wehrpflicht abgeschafft oder ausgesetzt, wie beispielsweise in Deutschland und Frankreich. Wie steht es um die personelle und materielle Einsatzbereitschaft der Schweizer Armee?
Wir sehen trotz allgemeiner Wehrpflicht (für Schweizer Männer) klaren Handlungsbedarf. Eine personelle Unteralimentierung der Bestände ist absehbar, insbesondere ab 2028 durch die Entlassung grosser Jahrgänge aus der Armee. Im Zivilschutz ist die Unteralimentierung bereits Realität. Das Eidg. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) hat einen Bericht zu möglichen neuen Dienstpflichtsystemen unterbreitet, doch der Finanzrahmen verlangsamt notwendige Modernisierungen. Hinzu kommen Fähigkeitslücken, etwa bei Luftabwehr, Artillerie, geschützten Fahrzeugen, Cyberabwehr oder Sensorik. Das vom Parlament beschlossene Ziel ist, bis 2032 ein Prozent des BIP für das Verteidigungsbudget aufzuwenden.

Warum fällt es schwer, die sicherheitspolitische Relevanz auch jenseits militärischer Themen zu vermitteln?
Viele Menschen sehen keinen direkten Bezug zur eigenen Lebensrealität, trotz der verschärften Lage. Die Schweiz ist geografisch und wirtschaftlich in einer günstigen Position. Doch Ereignisse wie die Pandemie, Cyberattacken oder der Ukrainekrieg haben die Wahrnehmung verändert. Kommunikation allein reicht nicht, erst konkrete Betroffenheit schafft Bewusstsein.





«Ein NATO-Beitritt wäre mit Neutralität nicht vereinbar.»

Was ist Ihre Aufgabe als Chefin Strategie und Kooperation im Staatsekretariat für Sicherheitspolitik?
Wir analysieren laufend sicherheitspolitische Entwicklungen und leiten daraus politische Handlungsoptionen ab – in enger Abstimmung mit anderen Departementen und den Kantonen. Unsere Aufgabe ist es, gut begründete und umsichtige Vorschläge zu machen. Die Priorisierung, auch der finanziellen Mittel, liegt letztendlich in der politischen Verantwortung.

In den Medien wurden Sie einmal als die Frau bezeichnet, auf die der Bundesrat hört, wenn es ernst wird.
Das wurde klar überzeichnet. Die Aussage trifft auch deshalb nicht zu, da unser System nicht auf einzelne Personen oder Chefbeamte zugeschnitten ist. Unsere Vorschläge werden unter Einbezug von verschiedenen Stellen erarbeitet und sind daher ausgewogen und abgestützt. Wir arbeiten im Team, und ich bin nur ein Element davon.

Ist ein NATO-Beitritt – wie in jüngst von Finnland und darauf von Schweden erfolgt – auch für die Schweiz denkbar?
Aktuell nicht. Die Schweiz hat einen anderen historischen Kontext als Finnland oder Schweden, und unsere Lage ist geographisch günstig. Die Schweizer Neutralität ist völkerrechtlich verankert und erlaubt keine militärische Unterstützung von Kriegsparteien. Kooperationen mit internationalen Partnern sind möglich, solange sie keine Abhängigkeiten schaffen oder uns zu kollektiver Verteidigung verpflichten. Ein NATO-Beitritt wäre mit der Neutralität nicht vereinbar. Die Anwendung der Neutralität – etwa bei der Wiederausfuhr von Kriegsmaterial – ist heute zentraler Bestandteil der sicherheitspolitischen Debatte, da hier Handlungsspielraum besteht.

Wie beurteilen Sie die aktuelle Gesetzeslage zur Wiederausfuhr von Rüstungsgütern?
Die restriktive Praxis schadet unserem Ansehen als zuverlässige Partnerin. Viele Partnerstaaten können das nicht nachvollziehen. Eine Revision des Kriegsmaterialgesetzes ist in Arbeit im Parlament, um unter Auflagen eine Wiederausfuhr nach einer gewissen Frist zu ermöglichen. Das Vertrauen unserer Partner ist essenziell – nicht zuletzt, um eine sicherheitsrelevante Schweizer Rüstungsindustrie zumindest teils im Land zu halten, die ihrerseits aus wirtschaftlichen Gründen auf Exporte angewiesen ist.

Was bedeutet das für die strategische Autonomie der Schweiz?
Neutralität schliesst aus, dass wir Kriegsmaterial an Kriegsparteien liefern. Sollte die Schweiz selbst angegriffen werden – auch durch Cyberattacken – entfallen unsere Neutralitätsverpflichtungen und wir könnten mit Partnern zusammenarbeiten, auch in der Verteidigung. Um diese politische Option überhaupt zu haben, muss man die Interoperabilität verbessern, etwa durch Übungen mit NATO-Staaten. Autonomie bedeutet nicht Isolation – sondern die Fähigkeit, im Ernstfall handlungsfähig zu sein.

Wo steht die Schweiz in zehn Jahren in der Neutralitätsfrage?
Das hängt stark von den Lageentwicklungen ab – insbesondere vom Verlauf des Kriegs in der Ukraine und dem Verhalten von Grossmächten, auch Russlands. Sollte sich die Sicherheitslage massiv verschärfen, könnte es auch in der Schweiz zu einem Umdenken kommen. Auf absehbare Zeit bietet die Neutralität den nötigen Handlungsspielraum – auch für die Vorbereitung auf den Ernstfall.

Sind die guten Dienste der neutralen Schweiz noch gefragt?
Ja, gelegentlich. Die Schweiz leistet wertvolle Beiträge in Konfliktregionen, etwa als Schutzmacht oder in Friedensprozessen. Die Welt wartet jedoch nicht auf uns.
Gute Dienste können wertvoll sein und sollen mit unseren Werten vereinbar sein – z.B. sind völkerrechtliche Verletzungen zu verurteilen. Neutralität soll in diesem Zusammenhang nicht mit Beliebigkeit verwechselt werden.

Wie wirken sich globale Trends wie Klimawandel, Polarisierung oder wirtschaftliche Abhängigkeiten auf die Sicherheitspolitik aus?
In vieler Hinsicht. Wirtschaftliche Abhängigkeiten verschränken sich immer stärker mit Sicherheit, sie werden zum Druckmittel, indem z.B. versucht wird, Rivalen vom Zugang zu kritischen Gütern abzuschneiden. Die wachsende Polarisierung zeigt sich einerseits in internationalen Spannungen, andererseits in innenpolitischen Entwicklungen. Der Klimawandel verschärft Naturereignisse und befeuert Konflikte. Diese Entwicklungen sind manchmal rasch, miteinander verbunden, und erhöhen den Handlungsdruck. Das fordert uns heraus, zumal Entscheidungen in der Schweiz umfassend vorbereitet und breit abgestützt werden.

Wo sehen Sie die grössten sicherheitspolitischen Risiken für die Schweiz?
Der russische Angriff auf die Ukraine ist das gravierendste sicherheitspolitische Ereignis in Europa. Wie der Krieg endet, wird unsere Sicherheit direkt beeinflussen. Auf einen bewaffneten Konflikt müssen wir uns – und ganz Europa – vorbereiten. Hinzu kommen Risiken wie wirtschaftliche Abhängigkeiten, Terrorismus, Naturkatastrophen, Cyberangriffe und Desinformation (eine hybride Konfliktführung, wovon die Schweiz direkt betroffen ist). Europa ist unser wichtigster sicherheitspolitischer Bezugspunkt für Partnerschaften – geografisch, wirtschaftlich und kulturell. In Zukunft erst recht.

Vielen Dank, Frau Botschafterin, für das aufschlussreiche Gespräch.

Prof. Dr. Reto Eberle
Partner, Mitglied des Board Leadership Center
KPMG Schweiz

+41 58 249 42 43
reberle@kpmg.com

Dieser Artikel ist Bestandteil der KPMG Board Leadership News, unser Newsletter für Verwaltungsrätinnen und Verwaltungsräte.
Er erscheint dreimal pro Jahr.

Über das KPMG Board Leadership Center

Das KPMG Board Leadership Center ist unser Kompetenzzentrum für Verwaltungsrätinnen und Verwaltungsräte. Mit vertieftem Fachwissen und neusten globalen Kenntnissen unterstützen wir Sie in Ihren aktuellen Herausforderungen, damit Sie Ihre Rolle höchst effektiv erfüllen können. Zusätzlich bieten wir Ihnen die Möglichkeit, mit Gleichgesinnten in Kontakt zu treten und sich auszutauschen.

Erfahren Sie mehr unter **kpmg.ch/blc**.

Die hierin enthaltenen Informationen sind allgemeiner Natur und beziehen sich daher nicht auf die Umstände einzelner Personen oder Rechtsträger. Obwohl wir uns bemühen, genaue und aktuelle Informationen zu liefern, besteht keine Gewähr dafür, dass diese die Situation zum Zeitpunkt der Herausgabe oder eine künftige Situation akkurat widerspiegeln. Die genannten Informationen sollten nicht ohne eingehende Abklärungen und professionelle Beratung als Entscheidungs- oder Handlungsgrundlage dienen. Bei Prüfkunden bestimmen regulatorische Vorgaben zur Unabhängigkeit des Prüfers den Umfang einer Zusammenarbeit. Sollten Sie mehr darüber erfahren wollen, wie KPMG AG personenbezogene Daten bearbeitet, lesen Sie bitte unsere Datenschutzerklärung, welche Sie auf unserer Homepage **www.kpmg.ch** finden.

© 2025 KPMG AG, eine Schweizer Aktiengesellschaft, ist eine Gruppengesellschaft der KPMG Holding LLP, die Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Firmen ist, die mit KPMG International Limited, einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung englischen Rechts, verbunden sind. Alle Rechte vorbehalten.